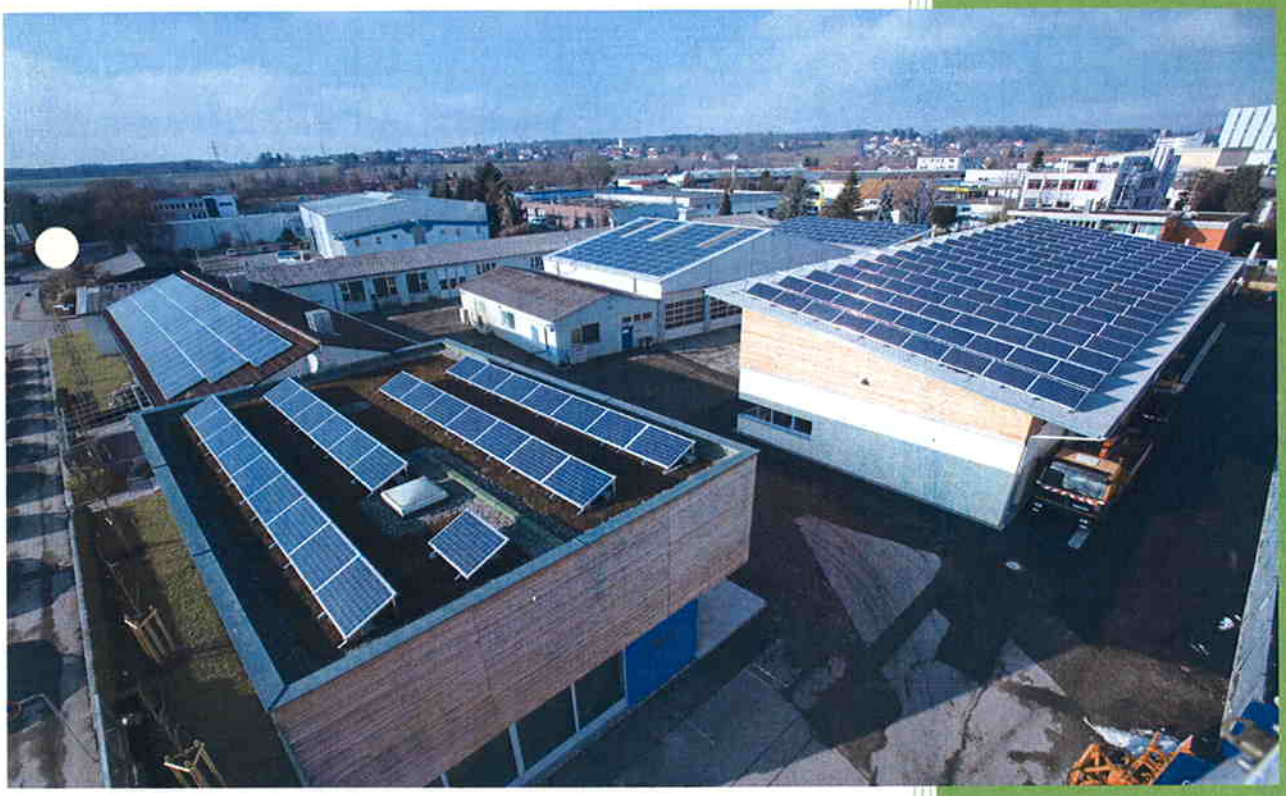
2009

Lagebericht Betriebshof



Lagebericht

Anlage zum

Jahresabschluss 2009

Betriebsleitung

28.04.2010

Betriebshof Ravensburg

Betriebshof
Ravensburg

Lagebericht

für das Wirtschaftsjahr 2009

Stand: 28.04.2010

Inhalt:

1. Allgemeine Angaben 2
1.1. Rechtsform und Aufgaben des Unternehmens 2

2. Organisations- und Entwicklungsmaßnahmen 2

3. Erfolgsplan 3
3.1. Allgemein 3
3.2. Sachkontenblöcke 4
3.3. Ergebnisanalyse 4

4. Erfolgsübersicht 5

5. Bilanz und GuV-Rechnung 5

6. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 6

7. Vermögens- und Finanzplan 7
7.1. Vermögensplan 7
7.2. Finanzplan 7

8. Verrechnungssätze, statistische Werte und Personalentwicklung 7
8.1. Verrechnungssätze 7
8.2. Gegenüberstellung Sollstunden, Ausfallzeiten und Produktivstunden 8
8.3. Entwicklung der Produktivität 9
8.4. Stellenanzahl und Durchschnittsalter 9
8.5. Krankenstand und Kosten der Lohnfortzahlung 9

9. Haushalt und Wirtschaftlichkeit 10
9.1. Allgemein 10
9.2. Die betriebliche Leistungsbetrachtung 10
9.3. Einfluss der städt. Haushaltsvorgaben 11

10. Investitionen und Finanzierung 12

11. Bau- und Einsatzstellen, Aktivitäten im Wirtschaftsjahr 2009 12

12. Stellenplan, Personalentwicklung 12

13. Sonstige Angaben 13

14. Schlussbetrachtung, Perspektive 2010 ff und Risiken 13

1. Allgemeine Angaben

1.1. Rechtsform und Aufgaben des Unternehmens

Die öffentlich rechtliche Unternehmensform „Eigenbetrieb" ist eine Gestaltungsmöglichkeit der Gemeinden auf der Grundlage der Gemeindeordnung § 102 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 – 3. Diese Rechtsform kann gewählt werden, wenn Art und Umfang des Betriebs eine selbständige Wirtschaftsführung rechtfertigen.

Der Betriebshof Stadt Ravensburg (BHR) wird seit 2001 als kommunaler Eigenbetrieb der Stadt Ravensburg nach den Vorschriften der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung und des Eigenbetriebsgesetzes, sowie nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Im Innenverhältnis gelten die Regelungen der Geschäftsordnung des Eigenbetriebs Betriebshof Ravensburg in der jeweils gültigen Fassung (Aktualisierung vom 28.01.2008).

Der Betriebshof erledigt die Aufgaben der Stadt Ravensburg zur ausschließlichen Erledigung des Eigenbedarfs. Zu den Aufgaben des Betriebshofs gehören insbesondere Leistungen im baulich-technischen, gärtnerischen, fahrzeug- und gerätetechnischen Bereich für Ämter, Dienststellen und Eigenbetriebe der Stadt Ravensburg,

Bis Dezember 2004 war der Betriebshof in der „Sachgebietsstruktur" gegliedert, diese wurde durch den „flacheren" Teamaufbau abgelöst. Die Teams führen die Bezeichnung:

- Kanal- und Gewässerunterhalt (KAN, VKS)
- Straßen- und Wegeunterhalt (BAU, ASP)
- Verkehrsregelung (VTR)
- Verkehrselektrik und Straßenbeleuchtung (VTE)
- Stadtreinigung (STR)
- Winterdienst (WIN)
- Gebäudeunterhalt und Veranstaltungen (GEB)
- Stadtbaumpflege, Grünflächen- und Friedhofspflege (BAE, GRU, FRH)
- Dekorationen und Rasenpflege (DEK, MAE)
- Fahrzeug- und Gerätewerkstatt und Zentrallager (FUP, MAG)
- Verwaltung und Betriebsleitung (VEW, BL)

Geleitet werden die Teams durch die Teamleiter. Die Vertretung in Abwesenheit der Teamleiter findet entweder durch die Betriebsleitung oder Vorarbeiter statt.

Diese Teamstruktur hat sich im Sinne der flexiblen Aufgabenerledigung und der Belastung der Führungskräfte bestens bewährt. Bei Aufgaben, die mehrere Teams betreffen, wird in engem Austausch teamübergreifend zusammengearbeitet.

2. OE-Maßnahmen (nicht chronologisch)

- Weiterentwicklung Mitwirkung Ausbildungskonzept Stadt Ravensburg
- Überlegung zu Umnutzung von Gebäudeteilen Goethestraße
- Personalsituation, regelmäßige Abstimmungstermine mit HV und PR
- **Sitzungen Betriebsausschuss 04.03.2009**
  - Ergebnis Stellenbewertungsrunde durch GPA im BHR 2008
  - System zur Beurteilung des Betriebserfolgs, Weiterentwicklung des bestehenden Systems

- Mehrjähriges Bauinvestitionsprogramm BHR, Restarbeiten 2009-2010
- Vorläufiges Jahresergebnis 2008 (vertagt)
- Bekanntgaben, Verschiedenes

- **Betriebsausschuss 06.05.2009** – wg. Komm. - Wahl entfallen –
- **Betriebsausschuss 11.11.2009**
  - Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2008 mit:
    - Feststellung Jahresabschluss und Entlastung BL
    - Bemessung Betriebserfolg 2008
    - Funktionszulage an die Betriebsleitung
  - Bericht der Betriebsleitung zum 3. Quartal 2009
  - Überstundenregelung im Betriebshof
  - Gesundheitsbericht 2008
  - Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb BHR Stadt Ravensburg
  - Gesamtbeschaffungsliste Fahrzeuge und Geräte 2010
- Mitwirkung Maßnahmenentwicklung Hochwasserschutz, gemeinsame Anschaffung Sandsackabfüllanlage
- Mitwirkung Arbeitsgruppe Zentrale Verfahrensstelle VOL / VOB
- Abstimmung mit den Ämtern zum Wirtschaftsplan 2010
- Gesundheitsnachmittag im Betriebshof
- Kontaktaufnahme Studiengang Hochschule RV-Wgt. betriebliche Gesundheitsförderung und Erstellung Konzept BGM im Betriebshof
- Erarbeitung von Vorschlägen zur HH-Konsolidierung
- **Betriebsversammlung 1. Halbjahr, 18.06.2009**
  - Geschäftsjahr 2008, Zahlen, OE, BA-Sitzungen
  - Projekt Stellenbewertung im BHR
  - BGF, Konzeptidee
  - Geschäftsjahr 2009, Situation Stadthaushalt 2009 ff
  - bisherige Bauinvestitionen, Restarbeiten 2009 – 2010
  - sonstige Infos, Möglichkeit zur Aussprache PV, Diskussion
- **Betriebsversammlung 2. Halbjahr, 19.11.2009**
  - Betriebliche Gesundheitsförderung, Sachstand und Ausführungen der Hochschule, Prof. Szagun
  - Tagesordnung und Referate TABA-Sitzung 11.11.2009
  - Haushaltsituation, Vorschläge BHR zur Konsolidierung
  - Bauinvestitionen – Restarbeiten, Mehrkosten
  - sonstige Infos, Möglichkeit zur Aussprache PV, Diskussion
- Entwurf Dienstvereinbarung Leistungsorientierte Entlohnung (LbV)

3. Erfolgsplan

3.1. Allgemein

Der Erfolgsplan ist wie die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) zu gliedern und muss alle vorhersehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres enthalten.

Die Weltwirtschaftskrise, welche sich im Jahr 2009 bereits in großen Teilen der Privatwirtschaft abzeichnete, wirkte sich beim Betriebshof bis Ende 2009 noch nicht aus. Die Auslastung und der Umsatz des Betriebshofs bei Bauaufgaben, Veranstaltungen und sonstigen Maßnahmen war überdurchschnittlich hoch, hinzu kam, dass der Winter 2009 / 2010 in Bezug auf Umsatz, aber auch im Hinblick auf die damit einhergehenden Kosten (auch bundesweit) als überdurchschnittlich hoch bezeichnet werden kann.

3.2. Sachkontenblöcke

Aus dem Erfolgsplan (Formblatt 4), **Anlage 2.1** können sowohl die Umsatzerlöse in den größten Hauptaufgabenbereichen, wie auch die verschiedenen Kostenblöcke abgelesen und über mehrere Jahre verglichen werden. Die Erfolgsübersicht stellt die Aufbaugliederung nach Teams und die innerbetrieblichen Leistungsströme dar, siehe Ausführungen unter Erfolgsübersicht **Anlage 2.2.** Zur Erläuterung der Verdichtung von Sachkonten zu Kostenblöcken, wird dem Lagebericht ein detaillierter Sachkontennachweis – **Anlage 2.3** beigefügt.

	2009		2008		2007	
Aufwand:	T-Euro	%-Satz	T-Euro	%-Satz	T-Euro	%-Satz
Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	805	11,0%	649	8,9%	562	8,7%
bezogene Leistungen	811	11,1%	735	10,0%	592	9,2%
Personalaufwand	4.498	61,5%	4.169	57,0%	3.884	60,1%
hierin enthaltene RS ATZ (Auf-/Abbau)	*165*	2,3%	*-34*	-0,5%	*-24*	-0,4%
Bestand ATZ zum 31.12.	*425*	5,8%	*260*	3,6%	*294*	4,6%
Abschreibungen	426	5,8%	586	8,0%	435	6,7%
Zinszahlungen an die Stadt	272	3,7%	295	4,0%	279	4,3%
Betriebsaufwand	464	6,3%	462	6,3%	378	5,9%
Verwaltungsaufwand	68	0,9%	86	1,2%	70	1,1%
übrige Aufwendungen	75	1,0%	190	2,6%	127	2,0%
bezogene Leistungen Stadt	129	1,8%	134	1,8%	117	1,8%
Sonstige Steuer	37	0,5%	10	0,1%	14	0,2%
Gesamtaufwand	**7.585**	**103,7%**	**7.316**	**100,0%**	**6.458**	**100,0%**
Umsatzerlöse	7.315	99,5%	6.959	94,6%	6.443	98,8%
aktivierte Eigenleistungen	12	0,2%	47	0,6%	40	0,6%
sonstige betriebliche Erträge	48	0,7%	349	4,7%	40	0,6%
Gesamtertrag	**7.375**	**100,3%**	**7.355**	**100,0%**	**6.523**	**100,0%**
Ergebnis	**-210**	**-2,8%**	**39**	**0,5%**	**65**	**1,0%**
darin enthaltene ATZ	***165***		***-34***		***-24***	
Ergebnis um ATZ bereinigt	***-45***	***-0,6%***	***5***	***0,1%***	***41***	***0,6%***

3.3. Ergebnisanalyse

Der in der o.a. Tabelle dargestellte Verlust in Höhe von ca. 210.000 Euro muss relativiert werden, weil ein Teil der Kosten in das Ergebnis eingeflossen sind, welche mit Besonderheiten des Jahres und besonderen Gegebenheiten zusammenhängen.

Aufbau von Rückstellungen für Altersteilzeit, Alturlaub, Überstunden:	187 T€
Steuernachzahlung nach Steuerprüfung 2002 – 2006:	28 T€
falsche Abgrenzungen (Strom, Wärme, Wasser, BAD):	32 T€
Gesamtsumme außergewöhnliche Kosten:	**247 T€**

4. Erfolgsübersicht

Die Erfolgsübersicht **Anlage 2.2** zeigt die Gliederung nach Teams und Aufwandsarten. Diese Aufstellung bildet die innerbetrieblichen Kosten- und Leistungsströme, - die innerbetriebliche Leistungsverrechnung (ILV) zwischen den einzelnen Team- und den Fahrzeugkostenstellen ab. Der als ILV bezeichnete Verrechnungsvorgang hat die Aufgabe, die sachlich und organisatorisch richtige Zuordnung von Kosten zu den Leistungen und umgekehrt darzustellen.
Dies ist wichtig bei teamübergreifenden Tätigkeiten, wenn Mitarbeiter oder Geräte ausgetauscht werden. Hierbei werden bei den betreffenden Teams den Leistungen die Kosten und auch den Kosten die Leistungen zugeordnet, welche durch Mitarbeiter-, Fahrzeug- und Maschinenverleih entstehen. Dieses in kostenrechnenden Einheiten übliche Verfahren ist von großer Bedeutung, wenn innerbetriebliche "Ressourcenausleihe" auch bei den Teams ergebnisrelevant dargestellt werden soll.
Bei der innerbetrieblichen Verrechnung von Mitarbeiterstunden, wird ein festgelegter interner Personalverrechnungssatz von 32 Euro je Stunde angesetzt, dieser Satz ergibt sich aus Arbeitgeberaufwand und den Produktivstunden.
Dieses nach Eigenbetriebsgesetz vorgegebene Formblatt 5, mit innerbetrieblicher Leistungsverrechnung, wird durch die im Jahr 2008 erfolgte Weiterentwicklung des Controllingmodul DS generiert. Dieses sehr wichtige und steuerungsrelevante Auswerteverfahren mit integriertem Listengenerator, wird von Betriebs- und Verwaltungsteamleitung kontinuierlich weiterentwickelt. Erfahrungswerte bezüglich der 2008 erstmalig eingestellten Umlagemethoden, bzw. Umlageschlüssel fließen kontinuierlich ein, so dass die damit möglichen Auswertungen zum ständigen Handwerks- / Steuerungswerkzeug von Betriebs- und Teamleitungen werden.

5. Bilanz und GuV-Rechnung

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 242 – 256 und der §§ 264 bis 288 HGB erstellt. Die Vorschriften der Betriebssatzung und des Eigenbetriebsgesetzes vom 08.01.1992 (geändert am 19.07.1999) und die Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung vom 07.12.1992 wurden beachtet.
Die Gliederung der Bilanz wurde entsprechend § 8 der Eigenbetriebsverordnung vorgenommen. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wurden angewandt, Vergleichswerte des Vorjahres wurden angegeben.

Die Steuerberatungsfirma Ernst & Young, Niederlassung Ravensburg wurde im Januar 2010 mit der Erstellungshilfe zum Jahresabschluss 2009, zu den Bedingungen (Erstellungsbericht ohne Prüfungshandlung) der Vorjahre beauftragt. Die Jahresabschlusserstellung erfolgte im Zeitraum vom 09.03. bis 30.03.2010 im Hause BHR und im Büro der Fa. Ernst & Young.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden nach den Vorgaben von Eigenbetriebsrecht und HGB § 249 in ausreichender Höhe gebildet für Alturlaubsstände, Zeitguthaben der Mitarbeiter und wegen abgeschlossener Altersteilzeitverträgen. Ein weiterer Teil der Rückstellungen bilden ausstehende Rechnungen, so auch für die Jahresabschlusserstellung.

Rückstellungen für:	01.01.2009	Verbrauch / Auflösung	Zuführung	31.12.2009
a) Urlaubsverpflichtungen	119.144 €	119.144 €	127.152 €	127.152 €
b) Zeitguthaben	78.278 €	78.278 €	92.033 €	92.033 €
c) Altersteilzeit	259.914 €	0 €	165.072 €	424.986 €
d) Ausstehende Rechnungen	40.000 €	40.000 €	0 €	0 €
e) Kosten Betriebsarzt	0 €	0 €	8.400 €	8.400 €
f) Abschlusskosten	7.750 €	7.750 €	7.750 €	7.750 €
Summen:	**505.086 €**	**245.172 €**	**400.407 €**	**660.321 €**

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverträge wurden durch versicherungsmathematisches Gutachten der Beratungsfirma Kern Mauch & Kollegen GmbH Stuttgart ermittelt und mit Datum vom 24.02.2010 zugesandt.

Die Erhöhung der Rückstellungen von a) – c) in der Gesamtsumme von ca. 187.000 Euro stellen Verbindlichkeiten gegenüber den Beschäftigten des Betriebshofs dar und müssen sowohl in der Bilanz als solche ausgewiesen und in den Personalkosten der GuV verbucht werden. Diese Aufstockung in dem o.g. Betrag reduziert das Ergebnis und war im Vorfeld der Entstehung nur geringfügig beeinflussbar. So bestand im bis Ende 2009 gültigen Altersteilzeitvertrag unter bestimmten Voraussetzungen eine Verpflichtung zum Abschluss der 5 neuen ATZ-Verträge. Der Abbau von Alturlaub und Überstunden zum Bilanzstichtag wird von der Betriebsleitung schon aus Fürsorgepflicht grundsätzlich immer angestrebt, nicht beeinflussbare Ereignisse und Aufträge wie z.B. Weihnachtsmarkt bis kurz vor Heiligabend, sowie die Stärke des zurückliegenden Winters schränken diese Bemühungen teilweise ein.

6. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- und Herstellungskosten entsprechend des § 255 HGB bewertet worden. Die Abschreibungen werden entsprechend der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der einzelnen Gegenstände nach der linearen Methode vorgenommen. Die in die Verrechnungssätze einkalkulierten Abschreibungsbeträge verbleiben für Reinvestitionen im Betrieb.

Die Verzinsung des Anlagevermögens erfolgt nach der Restwertmethode zu dem 1997 festgelegten kalkulatorischen Zins von 5 %. Die Zinsen werden in vierteljährlichen Raten an die Stadtkämmerei abgeführt.

Bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern ist ab 01.01.2008 eine Änderung eingetreten. Bisher war die Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter bei 410 Euro netto, künftig gilt für alle Gewinneinkunftsarten ein Sofortabzugsgebot, wenn die Anschaffungs-und Herstellungskosten von mehr als 150 Euro netto nicht überschritten werden. Weiterhin sieht das Gesetz eine sogenannte Poolbewertung vor, welche für alle Gewinneinkunftsarten gilt. Danach sind zwingend alle geringwertigen Wirtschaftsgüter des Kalenderjahres mit Anschaffungs-/Herstellungskosten von mehr als 150 Euro netto bis zu 1.000 Euro netto in einem jahresbezogenen Sammelposten zusammenzufassen. Es ist lediglich der Zugang buchmäßig zu erfassen. Darüber hinausgehende Dokumentationspflichten bestehen nicht. Der Sammelposten (Jahreszugangsbetrag) ist einheitlich über fünf Jahre mit jeweils 20 % abzuschreiben. Aufgrund der zusammenfassenden Behandlung der einzelnen Wirtschaftsgüter erfolgt die Abschreibung unabhängig von Wertminderungen, Veräußerungen oder Entnahmen der Wirtschaftsgüter.

Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen wurden zum 31.12.2009 per körperliche Inventur am 25.01.2010 aufgenommen, die Bestände wie in den Vorjahren nach der gleitenden Durchschnittspreismethode bewertet. Der Winterverlauf und die schwierigen Randbedingungen (Salzknappheit), stehen im Gegensatz zu den grundsätzlichen richtigen Forderungen nach geringen Lagerbeständen (hier z.B. Salz). Ist jedoch die Einsatzfähigkeit und somit die Sicherstellung der Verkehrssicherheit für Verkehrsteilnehmer und der wirtschaftliche Einkauf durch diese Engpässe nicht mehr zu gewährleisten, dann muss darauf z.B. mit einer größeren Lagerkapazität reagiert werden, aus der Erfahrung dieses Winters hat die Betriebsleitung bereits Schritte in die Wege geleitet.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten sind zum Nominalwert bzw. Rückzahlungsbetrag angesetzt. Ausfallrisiken bestanden zum Bilanzstichtag aus Sicht der Betriebsleitung nicht.

7. Vermögens- und Finanzplan

7.1. Vermögensplan

Der Vermögensplan **Anlage 2.4** enthält alle vorhersehbaren Finanzierungsmittel und den Finanzierungsbedarf des Wirtschaftsjahres, die sich aus Änderungen des Anlagevermögens und der Finanzierung des Eigenbetriebs (Gesellschafterdarlehen, Gewinn) ergeben.

Bedingt durch die Umsetzung des Bauinvestitionskonzeptes wurde seit 2005 das Gesellschafterdarlehen im Nachgang zur Fertigstellung der Einzelmaßnahmen bis Ende 2009 sukzessive aufgestockt. Erstmalig im Jahr 2008 wurde das Darlehen der Stadt mit jährlich 70.000 Euro getilgt. Im Zuge der Mittelbereitstellung wurde vereinbart, dass diese Tilgung grundsätzlich so lange vorgenommen wird, bis das Gesellschafterdarlehen den Stand bei der Eigenbetriebsgründung im Jahr 2001 erreicht hat. Ziel dieser Tilgung ist, dass die bis 2009 steigende Zinslast des Betriebs mittel und langfristig wieder reduziert und somit die Verrechnungssätze entlastet werden können.

7.2. Finanzplan

Der 5 jährige Finanzplan zeigt die Entwicklung der Finanzierungsmittel und des Finanzierungsbedarfes, der Zeilenaufbau ist identisch zu dem des Vermögensplanes.

8. Verrechnungssätze, statistische Werte und Personalentwicklung

8.1. Verrechnungssätze

Fahrzeug- und Geräteverrechnungssätze

Grundsätzlich werden die Fahrzeug- und Maschinenverrechnungssätze bei jeder Ersatzbeschaffung überprüft. Maßgeblich für Abschreibungsdauer, Auslastung und Kostenansatz bilden die Erfahrungswerte, welche mit den betreffenden Altgeräten gesammelt wurden. Privatbetriebe sind bestrebt unter Steuergesichtspunkten eine möglichst kurze (steuerlich noch zulässige) Nutzungsdauer anzustreben. In kommunalen Hilfsbetrieben wird die Nutzungsdauer möglichst lange festgesetzt. Diese orientiert sich an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer und den bisher gesammelten Erfahrungswerten dieser Anlagegüter.

Nach vorliegenden Zahlen des Jahresabschlusses, werden alle Fahrzeuge und Großgeräte der Überprüfung der Rentabilität unterzogen, dies erfolgt mit der Wirtschaftlichkeitsliste der Fahrzeuge und Großgeräte.

Bei der Festlegung der Verrechnungssätze werden vergl. Verrechnungssätze von Privatunternehmen, sowie Angaben der Baugeräteliste in die Festlegung einbezogen.

Personalverrechnungssätze

Die Unterlagen der Nachkalkulation für das Jahr 2008 wurden am 02.12.2009 beim Gespräch mit dem RPA übergeben, ebenso die Vorkalkulation für 2010 zur Überprüfung. Das mit Datum 04.12.2009 zugegangene Prüfungsergebnis lautete:

"Mit Vorlage der Nachkalkulation 2008 und Vorkalkulation 2010 der Personalverrechnungssätze wurde eine betriebswirtschaftlich geordnete Berechnung vorgelegt. Die Zahlen wurden aus der Buchhaltung entwickelt. Als Grundlage wurde eine Kosten- und Leistungsrechnung geschaffen".

Die Nachkalkulation für 2009 wird mit den Jahresabschlussunterlagen dem RPA zur Überprüfung übergeben. Diese Nachkalkulation zeigt auf, ob die im Vorfeld, auf Kosten- und Erlösannahmen basierenden Verrechnungssätze die Kosten abdeckt. Bei Abweichung muss nach erfolgter Ergebnisanalyse ggf. nachjustiert werden.

Der Tarifvertragsabschluss für die Jahre 2008 und 2009 wirkte sich in den Personalkosten mit ca. 240.000 Euro aus. Zum 01.01.2009 wurde der 2. Stufe der Tariferhöhung mit einer entsprechenden Anpassung der Personalverrechnungssätze Rechnung getragen.

Der zurückhaltende aber zeitgemäße Tarifvertragsabschluss zum 01.01.2010 wurde in die Verrechnungssätze zunächst nicht wirksam einberechnet, so dass die Sätze von 2009 entsprechende Vorgaben der Haushaltskonsolidierung für 2010 übernommen wurden.

Qualifikation der Mitarbeiter	**seit: 01.01.2010**	**seit: 01.01.2009**	**seit: 01.01.2008**
Aushilfen	entfallen	15,50 €	15,00 €
Azubis gew./sonstige Kräfte	15,10 €	15,10 €	15,10 €
Gemeinnützige AÜ	25,00 €	25,00 €	25,00 €
Fachhelfer	32,50 €	32,50 €	31,50 €
Facharbeiter	36,60 €	36,60 €	35,50 €
Vorarbeiter	38,50 €	38,50 €	37,50 €
Teamleiter / Meister	40,20 €	40,20 €	39,00 €

Einsätze außerhalb des Betriebszeitenrahmens, an Feiertagen und Wochenenden, werden mit Aufschlägen auf die o.g. Basisverrechnungssätze berechnet, weil solche Einsätze der Beschäftigten auch höhere Personalaufwendungen zur Folge haben.

Die vom Auftraggeber geforderte Rufbereitschaften werden verursachungsgerecht mit einem kalkulierten Verrechnungssatz von 2,65.Euro je Rufbereitschaftsstunde auf die betreffenden Aufträge verrechnet. Die Einrichtung der Rufbereitschaft hat sich wegen der Gefahrenabwehr bei unvorhergesehenen Ereignissen oder Witterungsunbilden bewährt. Neben der vom 01.11.-30.03. eingeteilten Winterrufbereitschaft gibt es die Bereitschaft im Sommerdienst, sowie Bereitschaft für Stadtelektrik u. Verkehrssignalanlagen.

8.2. Gegenüberstellung Sollstunden, Ausfallzeiten und Produktivstunden

	2009 Anzahl Stunden	%	**2008** Anzahl Stunden	%	**2007** Anzahl Stunden	%
Gesamt:	**161.948**	**100,00**	**160.374**	**100,00**	**151.704**	**100,00**
Ausfallzeiten:	**26.300**	**16,24**	**27.887**	**17,39**	**25.058**	**16,52**
darin u.a. enthalten:						
Urlaub:	18.192	11,23	18.090	11,28	17.158	11,31
Dienstfrei:	247	0,15	414	0,26	426	0,28
Krank, andere Berechungsbasis als in der Krankenstatistik, **Pos. 8.5.:**	6.658	4,11	7.752	4,83	6.245	4,12
Besprech., Seminare, etc.:	1.204	0,74	1.631	1,02	1.229	0,81
Produktivstunden:	**135.648**	**83,76**	**132.487**	**82,61**	**126.646**	**83,48**
darin u.a. enthalten:						
Stunden aus Aufträgen die pauschal abger. werden:	526	0,32	364	0,23	784	0,52
Eigenarbeiten:	5.638	3,48	4.319	2,69	4.642	3,06
Wartungsarb. Geräte+Fzg.:	2.372	1,46	2.408	1,50	2.823	1,86
Produktivstd. (netto)-umsatzrelevant:	**127.112**		**125.396**		**118.397**	
Zur Info: abgef. Überstd.	10.927	6,75	9.554	5,96	10.078	6,64

Die Ausfallzeiten sind gegenüber 2008 wieder rückläufig, dadurch steigen die Produktivstunden wieder an und liegen über dem prozentualen Anteil und Wert von 2007.

8.3. Entwicklung der Produktivität

	2009	2008	2007
Umsatz gesamt	**7.315.257 €**	**6.959.131 €**	**6.443.119 €**
durchschnittliche Stellenanzahl	81,9	80,7	80,6
Umsatz je Stelle gesamt	**89.319 €**	**86.235 €**	**79.939 €**
davon:			
Umsatz Personal	**4.464.320 €**	**4.357.581 €**	**4.066.279 €**
Personalumsatz je Stelle	54.509 €	53.997 €	50.450 €
Fahrzeug- / Geräteumsatz:	**924.740 €**	**918.009 €**	**885.042 €**
Fahrzeug- / Geräteumsatz je Stelle	11.291 €	11.376 €	10.981 €
Mater.-/ Fremdleist.-umsatz:	**1.926.197 €**	**1.683.541 €**	**1.491.798 €**
Materialeinsatz je Stelle	23.519 €	20.862 €	18.509 €

Ausgelöst durch den sehr hohen Umsatz, bedingt durch hohen Materialumschlag, hohe Leistungszahlen der Beschäftigten, erreicht die Produktivität den bisher höchsten Stand seit Eigenbetriebsgründung. Maßgeblich beeinflusst wird diese Messgröße durch den sehr guten Auftragsdurchsatz, geringe Ausfall- und Krankenzeiten.

8.4. Stellenanzahl und Durchschnittsalter

Stellenanzahl	**2009**		**2008**		**2007**	
und Ø-Alter im Team	St.-Zahl	Ø-Alter	St.-Zahl	Ø-Alter	St.-Zahl	Ø-Alter
Gesamtbetrieb	**81,9**	**45,1**	**80,7**	**44,3**	**80,6**	**43,5**
Teams:						
KAN + VKS	8	43,8	8	43,7	8,25	42,7
BAU + ASP	9,25	42,7	9,5	40,8	10,5	39,5
VTE + VTR ab 2008 getrennt					9,8	44,3
VTE	5	45,8	5	44,9		
VTR	5,5	45,3	5,3	45,7		
STR	15,2	45,4	13,8	44,5	13,5	47,2
GEB	5,25	39,6	6	38,6	6	37,6
Gärtnerei	24,1	45	23,3	44,8	23	44,9
FUP	3	56,3	3	55,3	3,25	54,3
VEW	6,6	46,3	6,8	42,5	6,3	45,5

8.5. Krankenstand und Kosten der Lohnfortzahlung

Krankenstand:	**2009**	**2008**	**2007**
Gesamtbetrieb (%)	**4,0%**	**3,6%**	**4,7%**
Teams:			
KAN + VKS	3,3%	1,1%	3,2%
BAU + ASP	4,3%	2,6%	4,4%
VTE + VTR ab 2008 getrennt			6,3%
VTE	3,6%	2,9%	
VTR	4,6%	8,3%	
STR	3,6%	5,6%	8,6%
GEB	3,5%	1,1%	0,8%
Gärtnerei	5,1%	3,6%	4,4%
FUP	6,0%	4,8%	2,1%
VEW	1,2%	2,0%	2,8%

Der o.a. Krankenstand berechnet sich nach dem bei Industrie- und Privatunternehmen allgemein angewandten Verfahren. Bei Krankmeldungen der Mitarbeiter werden nur die Arbeitstage als Kranktage bewertet. Die Fehltage bei verordneten Kuren und bei Ende der Lohnfortzahlung werden nicht als Kranktage berücksichtigt.

KOSTEN LOHNFORT-ZAHLUNG	2009			2008			2007		
	AU-Tage Gesamt	Außerhalb LFZ (KK)	Kosten LFZ € / Jahr	AU-Tage Gesamt	Außerhalb LFZ (KK)	Kosten LFZ € / Jahr	AU-Tage Gesamt	Außerhalb LFZ (KK)	Kosten LFZ € / Jahr
Gesamt:	**734**	**293**	**141.267**	**642**	**313**	**122.868**	**820**	**71**	**140.428**
KAN + VKS	58		12.037	20	0	3.548	57	0	8.840
BAU + ASP	88		18.673	56	0	10.978	95	56	17.127
VTE + VTR							129	5	22.557
VTE	39	73	6.248	32	0	5.684			
VTR	58		10.521	97	44	22.904			
STR	124	171	24.052	179	269	32.004	257	0	44.678
GEB	42	49	8.050	14	0	2.570	10	0	1.767
Gärtnerei	271		50.092	183	0	31.064	219	10	33.175
FUP	36		6.819	30	0	6.228	14	0	2.469
VEW	18		4.775	31	0	7.888	39	0	9.816

Dem kontinuierlich steigenden Durchschnittsalter muss in den kommenden Jahren verstärkt Augenmerk geschenkt werden. Damit einhergehend dürfen trotz finanziell geringerer Möglichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung und des Betriebshofs die Bemühungen um die betriebliche Gesundheitsförderung und – Erhaltung der Beschäftigten nicht gänzlich vernachlässigt werden. In Zeiten, wo auf die gleiche oder geringere Anzahl von Beschäftigten mehr Aufgaben zukommen, stellt die BG-Förderung einen sehr wichtigen Baustein im Personalbereich dar.

9. Haushalt und Wirtschaftlichkeit

9.1. Allgemein

Die Entscheidung den Betriebshof zum 01.01.2001 in einen Eigenbetrieb umgewandelt zu haben, war richtig. Die damit veränderten Möglichkeiten und eingeleiteten Maßnahmen zeigen, dass der Betrieb sich auf dem richtigen Weg befindet. Auch wenn die Möglichkeiten nicht 1:1 vergleichbar derer von Privatbetrieben sind, bietet diese Rechtsform bessere Möglichkeiten als vor der Überführung in Eigenbetriebsrechtsform.
Im Laufe der letzten Jahre hat sich die Einstellung der Mitarbeiter zu den Anforderungen und Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft zum Positiven verändert. Dies zeigt Wirkung, diese wird von den Auftraggebern geschätzt. Aufträge werden qualitativ hochwertiger und zügiger durchgeführt. Durch sich jährlich verbessernde Ergebnisse kann im Rahmen des erfolgsabhängigen Entlohnungssystems zusätzliche Vergütungsbestandteile ausgeschüttet werden, was sich auf die Motivation der Beschäftigten auswirkt. Die Kürzungen in den Budgets erhöhen sowohl den Druck auf die Auftraggeber, wie auch auf die Mitarbeiter des Betriebshofs enorm, dieser Umstand ist für das Klima innerhalb der Stadtverwaltung nicht zu unterschätzen.

9.2. Die betriebliche Leistungsbetrachtung

Betrachtet man die Personalentwicklung seit 1990, so hat der Betriebshof in diesen 19 Jahren ca. 41 % seiner Personalkapazität abgebaut (140 → 82 Stellen). Zieht man in Betracht, dass in dieser Zeit die zu bewirtschaftenden Flächen, die Pflegestandards und allgemein die Ansprüche z.B. Reinigung, Events usw. gestiegen sind, wird klar, dass

dieser Spagat nur durch umfangreiche Umstrukturierungs- und Rationalisierungsprozesse bei gleichzeitiger Verbesserung der Produktivität gelingen konnte.

9.3. Einfluss der städt. Haushaltsvorgaben

Der Betriebshof hält Personal für die große Anzahl der an den Betriebshof erteilten Einzel- und Daueraufträge vor. Insgesamt bearbeitet der Betriebshof ca. 1.500 verschiedene Aufträge (Einzel- und Daueraufträge) pro Jahr.
Um eine gleichmäßige Budgetbelastung in den auftraggebenden Ämtern zu erzielen, wird die Abrechnung der Einzel- und Daueraufträge monatlich vorgenommen. Bei knapperen Budgets gewinnt die Aktualität der „Kontenstände" wegen der Auftragsdisposition zunehmend an Bedeutung.

Bei der Personal- bzw. Kapazitätsplanung über das Jahr spielt die Erfahrung zurückliegender Jahre eine große Rolle. Die vorhandene Personalkapazität des Betriebshofs kann durch flexible Überstundenanordnung hoch- bzw. heruntergefahren werden. Dadurch können Auftragsspitzen und –flauten aufgefangen werden. Die seit 2003 mit gutem Erfolg eingeführte flexible und anforderungsgerechte Arbeitszeitregelung im Betriebshof begünstigt die Personalplanung und somit die flexible Abarbeitung der anstehenden Aufträge. Vereinzelt kann es bei besonders begründeten Umständen zur Auszahlung von Überstunden kommen.

Kurzfristige Auslastungsschwankungen können z.B. vorkommen durch Witterungseinflüsse, unvorhersehbare Schadensfälle, kurze Vorlaufzeiten, sowie krankheitsbedingte Personalausfälle.

Auslastungsschwankungen die wegen Änderung des Standards, bzw. Auswirkungen auf die Budgets wegen Haushaltskonsolidierung meist längerfristig auftreten, müssen anders diskutiert und angegangen werden. Dass in Zeiten von allgemeiner Mittelknappheit im Sinne des Ganzen gegengesteuert werden muss ist selbstverständlich (siehe Vorschläge des Betriebshof zur Einsparmöglichkeiten), jedoch ist es aus Sicht des Betriebshofs außerordentlich wichtig, dass innerhalb der Stadtverwaltung eine relative Gleichbehandlung bei der Sparnotwendigkeit als Maxime angesetzt wird.

Der Betriebshof ermittelt im Vorfeld zu den städt. Haushaltsberatungen seinen kalkulierten „Ansatz" über die erwarteten Pflege- und Unterhaltungsaufwendungen in den einzelnen Fachbereichen auf Basis der Erfahrungswerte. Die Budgetvorgaben der Stadt für die Pflege- und Unterhaltsleistungen stellt für den Betriebshof eine Planvorgabe dar.

Das Auftragsvolumen des Betriebshofs setzte sich wie folgt zusammen:

	2009			2008			2007		
	T-Euro	%-Anteil	Anzahl	T-Euro	%-Anteil	Anzahl	T-Euro	%-Anteil	Anzahl
Daueraufträge:	5.990.894 €	81,9%	332	5.369.681 €	77,2%	314	5.069.555 €	78,7%	301
Einzelaufträge:	1.324.363 €	18,1%	1.146	1.589.450 €	22,8%	1.287	1.373.564 €	21,3%	1.223
Umsatz gesamt:	7.315.257 €	100,0%	1.478	6.959.131 €	100,0%	1.601	6.443.119 €	100,0%	1.524

Der Betriebshof erwirtschaftet ca. 650 T Euro (2009) das entspricht ca. 8,9 % des Gesamtleistungsvolumens Umsatz mit Aufträgen von Dritten und Betrieben gewerblicher Art. Diese Aufträge müssen nach o.a. Ausführungen in der Abrechnung mit der gesetzlichen MwSt. beaufschlagt werden, die dadurch vereinnahmte Umsatzsteuer wird im Zuge der Umsatzsteuervoranmeldungen an das Finanzamt abgeführt. Seit Eigenbetriebsgründung ist der Umsatzanteil „Drittumsätze" kontinuierlich gestiegen.

Ausgehend vom einem Leistungs- und Auftragsvolumen in Höhe von ca. 7,3 Mill. Euro sind ca. 82 % der Aufgaben des Betriebshofs über eine 5-Jahresvereinbarung abgesichert, diese Vereinbarung wurde nach Abstimmung mit den Hauptauftraggebern unbefristet verlängert.

Für die nicht durch eine Auftraggeber- Auftragnehmervereinbarung abgedeckten Aufträge der Ämter gibt es eine Verfügung des OB von 12.05.1997, welche die Auftragsvergabe der Ämter an den Betriebshof eindeutig regelt. Wirtschaftlich und Beachtung gesamtstädtischer Interessen macht es Sinn, der Auslastung von eigenen Kapazitäten (auch derer von Ämtern), vor Fremdvergabe Beachtung zu schenken, siehe Ausführungen unter Ausblick am Schluss des Lageberichtes.

10. Investitionen und Finanzierung

Die Investitionen und die Finanzmittel werden im Vermögensplan, siehe **Anlage 2.4** dargestellt. Auf der Einnahmeseite werden die verfügbaren Mittel, auf der Ausgabenseite der Mittelbedarf abgebildet. Der Vermögensplan lässt sich auch als jahresbezogene Investitions- und Kapitalrechnung bezeichnen. Im Erstellungsbericht von Ernst & Young (ab Seite 1/16) sind alle Einzelinvestitionen dargestellt, so dass an dieser Stelle nur die Summen je Bestandskonto aufgeführt werden.

Im Berichtsjahr betrugen die getätigten Investitionen **insgesamt:**	**510.986,79 €**
verteilt auf die Konten:	
⇒ Gebäude	129.757,11 €
⇒ Baubegleitende Maßnahmen	28.520,54 €
⇒ Betriebs- und Geschäftsausstattung - Konto „003000“	21.035,50 €
⇒ Verleihartikel - Konto „003300 bis 003330“	0,00 €
⇒ GWG's - Konto „003500 bis 003517“	14.284,36 €
⇒ Geräte und Maschinen über 5.000 € - Konto „004000“	70.893,36 €
⇒ Geräte und Maschinen unter 5.000 € - Konto „005000“	10.835,76 €
⇒ Fahrzeuge - Konto „006000“	235.660,16 €
Gesamtsumme:	**510.986,79 €**

Anlagennachweis:
Entsprechend der Forderung des Rechnungsprüfungsamtes, der Prüfungshandlung und den Vorgaben der Eigenbetriebsverordnung wird der Anlagennachweis nach der Teamstruktur des Betriebshofs erstellt. Dieser Anlagenachweis ist mit **Anlage 2.5** beigefügt.

11. Bau- und Einsatzstellen, Aktivitäten im Wirtschaftsjahr 2009

Die Bau- und Einsatzstellen des Wirtschaftsjahres 2009 werden der Übersichtlichkeit halber in der **Anlage 2.6** dargestellt.

12. Stellenplan, Personalentwicklung

Stellenübersicht

Die Stellenübersicht enthält alle im Wirtschaftsjahr erforderlichen Stellen der Beschäftigten. Damit der Betriebshof als Dienstleister der Stadt, der von den Auftraggebern und Rathausspitze geforderten Flexibilität gerecht werden kann, werden unter dem Jahr, flexible Beschäftigungsverhältnisse in einvernehmlicher Abstimmung mit der Personalvertretung, zur Abdeckung von Leistungsspitzen eingegangen, z.B. Arbeitnehmerüberlassung, soziale Beschäftigungen usw.

Die Stellenübersicht wird seit Einführung der Teamstruktur im Betriebshof nach Teams geführt. Die unten angeführte Tabelle stellt die tatsächlich besetzten Stellen (Anzahl) gegenüber.

Entwicklung der durchschnittlichen Stellenanzahl:

Die durchschnittliche Stellenanzahl für den Gesamtbetrieb pro Jahr, wird aus dem Mittelwert der vier Quartale ermittelt.

	2009	2008	2007
Stellenanzahl gesamt	81,9	80,7	80,6
nachrichtlich Auszubildende	10	7	8

Im Jahr 2009 hatte der Betriebshof 10 (Vj 7) Ausbildungsplätze belegt. Die tägliche Praxis hat gezeigt, dass der allgemein formulierte Anspruch aus Politik und Gesellschaft, verstärkt gerade in Handwerksberufen auszubilden oft im Gegensatz zur täglichen Realität steht. Leider ist es gegenwärtig so, dass gerade bei der Zielgruppe, die für solche Handwerksberufe in erster Linie in Frage käme, es an der für die Ausbildung notwendigen Reife fehlt, was entsprechende negative Folgen, wie Ausbildungsabbrüche, geringe Zuverlässigkeit und schlechte Zensuren hat.

Unabhängig von der derzeitigen Finanzlage der Stadt wird der Betriebshof ab dem Ausbildungsjahr 2010 nur noch die Ausbildungsplätze belegen, wo geeignete Bewerber zur Verfügung stehen. Nicht zielführend und im Sinne der Motivation der Ausbilder ist es, einen Ausbildungsplatz nur um der Besetzung wegen zu belegen, gerade im Jahr 2009 musste hier einiges an negativer Erfahrung gesammelt werden.

13. Sonstige Angaben

Der Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Betriebshof (TABA) besteht aus den Mitgliedern des Technischen Ausschusses. Der Betriebsausschuss tagte im Jahr 2009 insgesamt 2-mal, um die Angelegenheiten des Betriebshofs zu beraten (siehe 2. OE-Maßnahmen). Eine 3. Sitzung war anberaumt, musste jedoch wegen der Kommunalwahl mit der Jahressitzung im November zusammengelegt werden.

Die Jahressitzung, die i.d. Regel im November stattfindet, wird seit ein paar Jahren in den Räumen des Betriebshofs abgehalten, diese Handhabung hat sich aus Sicht der Betriebsleitung sehr bewährt.

Die Betriebsleitung des Betriebshofs besteht seit Gründung des Eigenbetriebs zum 01.01.2001 aus zwei Personen:

Bernhard Jerg,	1. Betriebsleiter
Paul Lohner,	2. Betriebsleiter

Die Zuständigkeit im Innenverhältnis regelt die Geschäftsordnung in der überarbeiteten Fassung vom 28.05.2008. Diese wurde vom Oberbürgermeister mit Zustimmung des Betriebsausschusses erlassen. Jeder Betriebsleiter leitet seinen Bereich eigenverantwortlich, die Aufgabenteilung hat sich bewährt.

14. Schlussbetrachtung, Perspektive 2010 ff und Risiken

Schlussbetrachtung:

Das ganze Jahr 2009 war bis 31.12. geprägt von einer sehr guter Auslastung und vielen guten Aufträgen, Events und Maßnahmen. Die Finanzkrise war im operativen Geschäft nicht oder wenn dann nur in Ankündigungen der schwierigen Jahre 2010 fortfolgende klimatisch zu spüren. Viele Ämter und Dienststellen nutzten in Anbetracht der prognosti-

zierten schwierigeren Zeit das Jahr 2009 um möglichst viele der finanzierten Aufgaben zu realisieren, was beim Betriebshof rege Auftragsnachfrage wegen fehlendem Vorlauf auslöste.

Der zum 31.12.2009 im Jahresabschluss dargestellte Verlust wird auf die neue Rechnung vorgetragen und mit den Gewinnen und Verlusten der Vorjahre verrechnet. Weil die absolute Gewinn- bzw. Verlustzahl zu wenig über den tatsächlichen Erfolg eines kommunalen Eigenbetriebes und der Mitwirkung am städtischen "Gesamtbild und dem Gesamtergebnis" aussagt, muss das Jahresergebnis relativiert werden, siehe 3.3. Ergebnisanalyse.

Perspektive:

Die Weltwirtschaft boomt. Nach Einschätzung von Experten werden 2007 nicht nur aufsteigende Länder wie China und Indien das Wachstum antreiben - sondern vor allem auch Südamerika. Die Aussichten für die Weltwirtschaft 2007 sind eindeutig und sehr gut, die Prognosen des Institutes für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel lauten "Wachstumsraten von acht bis zehn Prozent sind möglich."

Noch bis Anfang des Jahres 2008 konnte aus fast allen Fachjournalen solche oder ähnliche positive Meldungen vernommen werden:

Im Spätsommer 2008 brach das Kartenhaus der Finanzjongleure und Spekulanten, ausgelöst durch die Insolvenz des US-Bankenimperiums Lehman-Brothers in sich mit lautem Getöse, anhaltenden und dramatischen Folgen für fast alle Wirtschaftsbranchen und die gesamte Finanzwirtschaft zusammen, - jeder einzelne Bürger war davon unmittelbar z.B. durch Verluste bei Geldanlagen, viele auch z.B. durch Verlust des Arbeitsplatzes direkt betroffen.

Zeitversetzt hat die weltweite Finanzkrise 2009 auch die Tore der Stadtverwaltung erreicht, deren Auswirkungen sind beim Eigenbetrieb zunächst verhalten, nunmehr deutlich zu spüren.

Worauf hat sich der Betriebshof in den kommenden Jahren einzustellen, was muss wegen der geänderten Rahmenbedingungen hervorgehoben werden:

- die Hauptaufgabe eines kommunalen Betriebshofs, gleich welcher Rechtsform, ist die Hilfsfunktion für die Verwaltung. Der oft geforderte Wettbewerb mit Privaten ist daher nur ein "Quasiwettbewerb". Sportlich betrachtet bedeutet dies, "Training ohne sich je im Wettkampf messen zu können". Von Gesetzes wegen darf ein solcher Hilfsbetrieb überhaupt nicht in Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Unternehmen treten, - dieser Ausschluss stellt ein großes Spannungsfeld hinsichtlich des Anspruches auf kontinuierliche Auslastung vorhandener Kapazitäten aber auch bei der Rückkopplung der eigenen Fähigkeiten, dem Selbstwertgefühl und kontinuierlichen Verbesserungen dar,
- die Kapazität eines Hilfsbetriebs hat sich bezüglich der Schlagkraft und Wirtschaftlichkeit an einer Mindestauslastung, nicht an einer eventuellen Spitzenlast zu orientieren. Diese Maßgabe stellt in "Spitzenzeiten" eine große Herausforderung für die Leitungskräfte und das Personal (Organisationsaufwand, Wochenendarbeit, Überstunden...) dar. Auf mehrjährige, fast überhitzte Zeiten des Booms, wo "alles" möglich und finanzierbar erschien, sollte auch die Zeit die für das verträgliche "herunterfahren der Maschine" eingeräumt werden, dieser wichtiger Grundsatz sollte Beachtung finden,
- öffentlich rechtliche Betriebe, für die entsprechende Tarif- und Arbeitsverträge ausgehandelt wurden und Gültigkeit haben, wo eine "Hire and Fire-Einstellung" keine gängige Handlungsempfehlung für schnellen Personalabbau in Krisenzeiten darstellt, müssen auf ihre kontinuierlich gute Auslastung bedacht sein. So ist es beim Betriebshof, als auch bei allen Ämter und Dienststellen absolut wichtig, die vorhandene Mindestausstattung sinnvoll und wirtschaftlich auszulasten. Unter vorgegebe-

nen Bedingungen muss konsequent die Eigenerledigung vor Fremdvergabe gehen. Gerade bei den aktuell gegenwärtigen Budgetkürzungen, muss die OB-Verfügung von 1997, welche die vorgenannten Vergabemodalitäten regelt, immer wieder in das Bewusstsein aller, in Krisenzeiten stärker als in Zeiten des Booms, gerufen werden,

- strenge Kostenkontrolle bei allen Sach- und Personalkosten, so auch bei den Zahlungen, welche der Betriebshof in einer Summe von ca. 550.000 Euro an die Stadt für Verrechnungen und bzw. Umlagen zu leisten hat, wobei die bei diesen Kosten die Kostenkontrolle und Überlegungen zu alternativen Erledigungen nur gering angestellt werden können,
- mit der Haushaltsplanberatung für das Wirtschaftsjahr 2010 wurden viele der noch nicht begonnenen Bau- bzw. Investitionsprojekte vertagt. So fielen in Abstimmung mit der Stadtkämmerei auch die letzten Bauinvestitionsmaßnahmen des Betriebshofs, die Dachsanierung und Umbauten im Bestand, dem Rotstift zum Opfer. Diese abschließenden Maßnahmen wurden gestoppt, da die ursprüngliche Finanzierungszusage der Stadt wegen geänderter Rahmenbedingungen nicht mehr gehalten werden konnte, die Maßnahmen werden nach der Krise in Angriff genommen.
- die begonnenen, aber erst zur Hälfte fertiggestellte Hofflächen- und Kanalsanierungsarbeiten werden im Laufe des Jahres 2010 durch Umschichtungen innerhalb des BHR-Vermögensplanes, somit aus eigener Kraft fertiggestellt. Ein weiterer Aufschub war wegen des schlechten Zustands und davon ausgehenden Gefahren nicht mehr möglich,
- Altersteilzeitverträge mit Mitarbeitern werden wegen der direkten Auswirkung auf das Jahresergebnis nur noch dann abgeschlossen, wenn es unter genauer Abwägung Kosten und "Nutzen" Betrieb, absolut vertretbar ist,
- leistungsorientierte Entlohnungsmöglichkeit bei höheren Anforderungen an die Belegschaft zielgerichtet angewandt wird.

Konsolidierungsvorschläge des Betriebshofs:

Im Vorfeld zur Haushalts- und Wirtschaftsplanung 2010 mussten alle Ämter und Dienststellen Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung erarbeiten. Entsprechend der Aufgabenstellung hat sich Betriebshofleitung gemeinsam mit den Teamleitungen intern mit dieser, als Auftragnehmer doch sehr schwierigeren Materie angenommen und nachfolgend aufgeführt Vorschläge in einem Gesamteinsparvolumen von ca. 150.000 Euro eingebracht. Die endgültige Ausarbeitung, unter welchen Randbedingungen die Machbarkeit möglich ist, sowie die Vorlagen für die politischen Entscheidungen benötigen jedoch entsprechende Bearbeitungszeit.

Vorschläge des Betriebshofs:

- Zentrale Müllannahmestelle/Müllverdichter (für öffentliche Abfallbehälter),
- Grünmüllzwischenlager (Grün aus öffentlichen Anlagen),
- Fachkraft für Arbeitssicherheit mit eigenem Personal besetzen,
- räumliche Zusammenführung der Stadtgärtnerei im Hauptsitz Goethestraße,
- damit zusammenhängend die Optimierung der räumlichen Struktur im Hauptsitz, den Lagern und somit der Abläufe insgesamt,
- verträgliche Reduzierung beim Winterdienst und der Stadtreinigung, sowie Bemühungen um Interkommunale Zusammenarbeit, gemeinsame Aufgabenerledigung mit unseren Nachbarstädten.

Resümee:

In den nächsten, von der weltweiten Finanzkrise geprägten Jahren wird es bei knappen Finanzmitteln innerhalb der gesamten Stadtverwaltung ein Spagat sein, die Schwelle zwischen noch guter und daher vertretbarer Auslastung und der geforderten und der aus den Budgetkürzungen resultierenden Aufgabenkritik auszuloten !

Risiken:

Aus Sicht der Betriebsleitung bestehen derzeit keine den Bestand des Betriebes gefährdenden Risiken. Das in der Bilanz dargestellte negative Eigenkapital stellt aus Sicht der Betriebsleitung kein existenzgefährdendes Risiko dar, weil die Herkunft v.a. aus der Bildung von Rückstellungen Altersteilzeit und **nicht** aus dem operativen Geschäft resultiert. Der kontinuierlichen Abbau dieser vorgenannten Rückstellungen, dem ausgewiesenen negativen Eigenkapital und der Rückführung des Gesellschafterdarlehens wird weiterhin zielstrebig verfolgt.

Ravensburg, den 28.04.2010

Betriebsleiter



Jerg/Lohner

Anlagen:

Anlage 2.1 – Erfolgsplan (Formblatt 4)
Anlage 2.2 – Erfolgsübersicht (Formblatt 5)
Anlage 2.3 – Sachkontennachweis
Anlage 2.4 – Vermögensplan
Anlage 2.5 – Anlagennachweis
Anlage 2.6 – Vorkommnisse und Aktivitäten im Berichtszeitraum